



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 3. Dezember 2018
(OR. en)

14535/18

INST 457
POLGEN 224

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Bürgerkonsultationen – Gemeinsamer Bericht

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen gemeinsamen Bericht des österreichischen Vorsitzes und des kommenden rumänischen Vorsitzes zu den Bürgerkonsultationen.

Einleitung

Auf ihrer informellen Tagung vom 23. Februar 2018 erörterten die europäischen Staats- und Regierungschefs die vom französischen Präsidenten vorgeschlagene Initiative, europaweit Bürgerkonsultationen abzuhalten. Mithilfe der vorgeschlagenen Initiative sollte der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gefördert und zur Debatte über die Zukunft Europas beigetragen werden. Die Mitgliedstaaten haben sich bereit erklärt, freiwillig an diesem Prozess teilzunehmen und die Konsultationen entsprechend ihrer jeweiligen nationalen Gegebenheiten und Verfahren umzusetzen.

Das Ziel der Bürgerkonsultationen war es, eine möglichst große Anzahl europäischer Bürgerinnen und Bürger einzubinden und zu erfahren, was ihre größten Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen sind. Diese Informationen können dann die Staats- und Regierungschefs im Rahmen ihrer Entscheidungsprozesse und bei der Festlegung von Prioritäten für die Maßnahmen der EU in den kommenden Jahren nutzen. Der Konsultationsprozess wurde als eine Möglichkeit konzipiert, Sorgen zu identifizieren und Ideen zu sammeln.

In den Mitgliedstaaten besteht seit langer Zeit die Tradition, durch den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung der Öffentlichkeit am politischen Prozess sicherzustellen und zu verstärken. Nun haben sich die Mitgliedstaaten erstmals darauf geeinigt, im Rahmen einer kollektiven und koordinierten Initiative in ganz Europa gleichzeitig Konsultationen mit der Bevölkerung durchzuführen. Dieses Engagement ist ein einzigartiger Beitrag zum laufenden Reflexionsprozess über die Zukunft Europas.

In Verbindung mit den verschiedenen nationalen Berichten und Beiträgen der anderen europäischen Organe kann sich der gemeinsame Bericht für die Gespräche im Vorfeld der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs am 9. Mai 2019 in Sibiu und der nächsten strategischen Agenda 2019–2024 als nützlich erweisen.

Methodik und Beteiligung

Die Mitgliedstaaten haben ein gemeinsames Rahmenwerk beschlossen, das einen Vorschlag für einen Zeitplan und gemeinsame Grundsätze für die Konsultationen enthält. Man einigte sich auf inklusive und unparteiische Konsultationen, die allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen sollten und bei deren Abwicklung man die Prinzipien der Transparenz, des politischen Pluralismus und der Gerechtigkeit respektieren würde. Die Bürgerkonsultationen wurden zum großen Teil zwischen April und November 2018 abgehalten, wobei das Ziel unter anderem war, den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat einen zusammenfassenden Bericht vorzulegen.

Die Auswahl der konkreten Methode für die Konsultationen wurde den Mitgliedstaaten überlassen. Diese hatten sich von Beginn an darauf geeinigt, den Prozess an ihre nationalen Gepflogenheiten sowie ihre spezifischen Umstände und Traditionen anzupassen. Unter erheblichen konzentrierten Anstrengungen im Bereich der Logistik, Vorbereitung und Koordinierung traten die Mitgliedstaaten auf unterschiedliche Arten mit der Bevölkerung in Kontakt: bei Bürgerversammlungen, auf Konferenzen, im Rahmen großangelegter öffentlicher Veranstaltungen und mithilfe von interaktiven Debatten und Online-Instrumenten. Bei den meisten Veranstaltungen wurden neue Technologien und soziale Medien eingesetzt, unter anderem Live-Streaming, Online-Fragebögen, digitale Plattformen und Ideen-Crowdsourcing.

Im Hinblick auf die Beteiligung der Regierung und die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden gingen alle Mitgliedstaaten unterschiedlich vor. Die einzige Konstante war, dass es bei allen Konsultationen darum ging, tiefgehende Debatten und Interaktionen mit der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Bei zahlreichen Veranstaltungen wurde darauf geachtet, Akteure aus dem gesamten politischen Spektrum sowie der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, den Medien und der Wirtschaft zu beteiligen.

Die Konsultationen wurden im Allgemeinen von einem vielfältigem Publikum besucht; es wurde auf Geschlechtergleichheit, Inklusivität und die Beteiligung nahezu aller Bevölkerungsgruppen geachtet. Viele Mitgliedstaaten versuchten zudem, Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land, einschließlich abgelegener Gebiete, zu erreichen und mit Personen in Kontakt zu treten, die normalerweise nicht an Diskussionen über EU-Themen teilnehmen. Manche Mitgliedstaaten organisierten Veranstaltungen extra für die jüngeren Generationen, unter anderem Debatten an Schulen und Universitäten.

Die meisten Mitgliedstaaten verwendeten zwei unterschiedliche Ansätze: allgemeine Debatten über die Zukunft Europas und thematische Konsultationen zu Themen von aktuellem nationalen oder europaweiten Interesse.

Die Bürgerkonsultationen stellen zwar keine wissenschaftliche Meinungserhebung dar (im Gegensatz z. B. zu Meinungsumfragen), sie erzielten jedoch eine höhere Teilnahme als Umfragen wie das Standard-Eurobarometer. Aus den vorliegenden Zahlen geht hervor, dass ungefähr 1 700 Veranstaltungen in der gesamten EU durchgeführt wurden.

Veranstalter waren nicht nur die Mitgliedstaaten – auch die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, der Ausschuss der Regionen und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss führten Konsultationen durch und debattierten mit der Bevölkerung über die Zukunft Europas. Die Europäische Kommission startete eine Online-Konsultation mit einem Fragebogen, der auf den Resultaten eines Bürgerpanels beruhte. Einige der Fragen sollen in einer neuen Spezial-Eurobarometer-Umfrage zur Zukunft Europas aufgegriffen werden. Auf Aufforderung des Präsidenten des Europäischen Rates hat der Ausschuss der Regionen in den letzten zwei Jahren eine große Anzahl an Veranstaltungen in verschiedenen europäischen Regionen organisiert, während der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die Einbindung von wichtigen Akteuren der Zivilgesellschaft in die Dialoge über die Zukunft Europas vorantrieb. Das Europäische Parlament veranstaltete erstmals ein Jugendparlament.

Dieser Bericht gibt nicht vor, einen repräsentativen Überblick über die Meinung aller Bürgerinnen und Bürger der EU zu bieten. Er kann auch nicht der gesamten Vielfalt der Meinungen gerecht werden, die bei den so zahlreichen Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht wurden. Er bietet jedoch einen nützlichen Einblick in die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger zu EU-Themen und zeigt auf, wie wichtig es ist, die Zivilgesellschaft auch weiterhin in die Debatte um die Zukunft der EU einzubinden. Ziel ist es, einen Überblick über die herausragendsten Punkte und wichtigsten gemeinsamen Botschaften zu geben, die in den nationalen Berichten zu den Konsultationen in den einzelnen Mitgliedstaaten enthalten waren.

Wichtigste Ergebnisse

Die Konsultationen mit den Bürgerinnen und Bürgern der verschiedenen Mitgliedstaaten haben gezeigt, dass die EU von den meisten Teilnehmenden positiv gesehen wird. Insbesondere erkennt die Bevölkerung mehrerer Mitgliedstaaten den Wert der EU-Mitgliedschaft ihres Landes und die Vorteile, die damit einhergehen, an. Zahlreiche Befragte haben allerdings auch das Fehlen einer klaren Vision und von Führungsstärke als Aspekte genannt, die die Entwicklung in der EU bremsen, was zu Forderungen nach Reformen führte.

Der Brexit wurde nur in wenigen Ländern erwähnt. Wo er erwähnt wurde, bereitet er der Bevölkerung große Sorge. Gleichzeitig wird er als Faktor gesehen, der dazu geführt hat, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der EU-27 und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Bedeutung der EU und den Wert der Mitgliedschaft gestärkt wurde.

Migration, ökologische Herausforderungen und Bildung gehören zu den am häufigsten erwähnten Themen in vielen Ländern. Die Bürgerinnen und Bürger haben ihre Sorgen und Wünsche zu den folgenden Bereichen geäußert:

1 – Eine sichere und geschützte Union

Migration wird in vielen Berichten als ein Hauptanliegen der Bürgerinnen und Bürger der EU genannt. In nahezu allen Mitgliedstaaten wird das Thema unterschiedslos als hohe Priorität erachtet. Gerade die irreguläre Migration stellt aus Sicht der Befragten in mehreren Mitgliedstaaten eine zentrale Herausforderung für Europa dar. Sie gilt als Bereich, in dem seitens der EU dringender Handlungsbedarf besteht und der sich direkt auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Bei Gesprächen über dieses Thema wird regelmäßig ein besserer **Schutz der EU-Außengrenzen** verlangt. Gleichzeitig erkennen die Bürgerinnen und Bürger in vielen Ländern aber, dass es sich hier für die EU um einen humanitären Imperativ handelt. Häufig genannte Aspekte sind eine **gemeinsame EU-Asylpolitik**, Verteilungsmechanismen sowie die Solidarität und die Verantwortung der Mitgliedstaaten. Hinzu kommt, dass zwar einige Bürgerinnen und Bürger mit der derzeitigen Integration der Migranten zufrieden sind, andere aber die Meinung vertreten, dass in dieser Hinsicht dringend mehr unternommen werden muss.

Die EU wird häufig aufgefordert, mehr zur **Bewältigung der irregulären Migrationsströme** zu unternehmen. In vielen Mitgliedstaaten wird die Ansicht vertreten, dass die EU stärker gegen die irreguläre Migration vorgehen könnte, indem sie bei deren Ursachen ansetzt und – beispielsweise durch Entwicklungshilfe, Handel und Investitionen sowie eine besondere Schwerpunktsetzung auf die Förderung des Wirtschaftswachstums auf dem afrikanischen Kontinent – zur Verbesserung der Sicherheit, der Lebensbedingungen und des Wohlstands in den Herkunftsländern beiträgt. Die Bürgerinnen und Bürger möchten, dass die EU die Kooperationsbeziehungen zu Herkunfts- und Transitländern verbessert, damit Migranten leichter zurückkehren können. Sie sind der Ansicht, dass die EU zur Bewältigung dieses Problems auch ihre Krisenreaktionsfähigkeit verbessern und auf einen wirksamen Multilateralismus setzen muss.

Schließlich sind die meisten der Ansicht, dass **organisierte Kriminalität, Terrorismus, Radikalisierung, Korruption** und damit verbundene Bedrohungen Probleme sind, die aufgrund ihres grenzübergreifenden Charakters entschiedener auf EU-Ebene angegangen werden sollten. Die Bürgerinnen und Bürger fordern eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich der **Cybersicherheit** und des **Datenschutzes**, wobei sich viele besorgt über **Desinformation** äußern und hervorheben, dass hier die Medienkompetenz der Öffentlichkeit gefördert werden sollte.

2 – Eine von Konvergenz getragene, wettbewerbsstarke Union

In mehreren Mitgliedstaaten unterstreichen die Bürgerinnen und Bürger die Bedeutung des **Binnenmarkts** und seinen zusätzlichen Nutzen für ein gesichertes Wirtschaftswachstum in ganz Europa. Oft wird daran die Forderung geknüpft, den Binnenmarkt zu vollenden – und zwar insbesondere im Bereich der Dienstleistungen und des digitalen Markts. Die Bürger betonen, dass die EU zu einem **Modell des nachhaltigen Wachstums** auf dem Kontinent beitragen muss. Einige fordern eine Vertiefung der **Wirtschafts- und Währungsunion**. In einigen Ländern werden der Euro und die künftige Mitgliedschaft im **Euro-Währungsgebiet** erwähnt – sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht –, und oft wird in diesem Zusammenhang angesprochen, dass mehr für die Vermeidung künftiger Krisen getan werden muss.

Die Bürgerinnen und Bürger weisen auch darauf hin, dass die EU mit der technologischen Entwicklung Schritt halten muss. Einige möchten, dass stärker auf **E-Governance**-Maßnahmen gesetzt wird und zur Stärkung der sozioökonomischen Triebkraft der EU **intelligente Gemeinden** aufgebaut werden. Im derzeitigen Kontext einer neuen **digitalen Revolution** wird bei Konsultationen zudem deutlich, dass den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist, dass digitale Kompetenzen gefördert und digitale Innovationen angestoßen werden. Die Forderung nach soliden und intelligenten Investitionen in die Forschung in diesem Bereich ist unmissverständlich. So wird beispielsweise oft **künstliche Intelligenz** als Sektor genannt, in dem die EU eine führende Rolle spielen sollte. Viele Bürgerinnen und Bürger befürchten, dass die EU im Bereich der **Forschung**, der technologischen Entwicklung, der **Innovation** und der Digitalisierung zurückbleiben oder zu wenig unternehmen könnte.

Wenn es darum geht, die Bedingungen für aktives **Unternehmertum** in Europa zu verbessern und somit die **Wettbewerbsfähigkeit** der EU zu stärken, wird auch die Förderung und **Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen** als zentraler Vektor erachtet. Während die Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für Fortschritt und Wachstum betrachtet wird, äußern sich Bürgerinnen und Bürger in mehreren Mitgliedstaaten kritisch darüber, dass in der EU abweichende Standards gelten und bei der Qualität von Erzeugnissen Unterschiede bestehen. Die Forderung nach mehr Wettbewerbsfähigkeit trifft also auf die Forderung nach **wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz** und einem stärkeren territorialen **Zusammenhalt**.

In **Steuerfragen** gehen die Meinungen auseinander. Einige Bürgerinnen und Bürger sind der Ansicht, dass im Steuerbereich Gesetzgebungsinitiativen, beispielsweise für eine Digitalsteuer oder sogar zur Harmonisierung der Steuerpolitik erforderlich sind. Andererseits wird aber auch gefordert, dass Steuerfragen eine nationale Kompetenz bleiben.

Ein anderes Thema, das bei den Konsultationen immer wieder zur Sprache kommt, ist das der Haushaltsmittel, mit denen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger in Verbindung mit dem nächsten **mehnjährigen Finanzrahmen** sichergestellt werden muss, dass die EU ihren Aufgaben gewachsen ist. In Bezug auf die Ressourcenverteilung werden die unterschiedlichsten Standpunkte vertreten, einschließlich geteilter Meinungen zu potenziellen Haushaltskürzungen, die die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik betreffen würden. In vielen Mitgliedstaaten verlangen die Bürgerinnen und Bürger einen ausgeglichenen EU-Haushalt mit erkennbarem Mehrwert für die Bürger.

3 – Eine Union, die die Umwelt schützt und Nachhaltigkeit fördert

Ein augenfälliges Moment der Konsultationen in den meisten Mitgliedstaaten sind die Forderung, die umweltpolitische Rolle der EU zu stärken, und die Ansicht, dass der Einsatz für **Umwelt- und Klimaschutz** dringend verstärkt werden muss. Es wird unter anderem vorgeschlagen, mehr und strengere **EU-Rechtsvorschriften** in diesem Bereich zu erarbeiten, stärker in die Überwachung der **Umsetzung** diesbezüglicher EU-Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten einzugreifen und mehr Umweltinitiativen einzureichen. Die Befragten nennen hier unter anderem ausdrücklich die Reduzierung von Treibhausgasemissionen sowie Gift- und Schadstoffemissionen, bessere Recycling-Maßnahmen und einen besseren Tierschutz. In einigen Mitgliedstaaten sind die Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mehr Mittel für den **Klimaschutz** vorgesehen werden sollten.

Der Kampf gegen den **Klimawandel/die Erderwärmung** wird vor allem von jüngeren Menschen in nahezu allen Mitgliedstaaten immer wieder angesprochen und **als eine der größten Herausforderungen für die EU wahrgenommen**. In einigen Fällen werden die Klimaschutzvorschriften der Europäischen Union als Gegengewicht zu nationalen Strategien gesehen. Der Klimawandel wird als Erscheinung wahrgenommen, die nicht nur Energieerzeugung und Verkehr, sondern viele unterschiedliche Politikbereiche, auch Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung sowie unsere Essgewohnheiten betrifft. Allgemein verweisen die Bürgerinnen und Bürger auf die Notwendigkeit eines **nachhaltigen Konsumverhaltens**.

Das Thema **Nachhaltigkeit** wird sehr oft angesprochen, einschließlich der Vorstellung, dass Innovationen an ihrem langfristigen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger gemessen werden sollten. Während von einigen vorgeschlagen wird, ökologische und soziale Kriterien in Vorschriften stärker zu berücksichtigen, sind andere Teilnehmer der Ansicht, dass in Bereichen wie der Nahrungsmittelerzeugung vor Ort, der Kreislaufwirtschaft und beim Upcycling Impulse von europäischer Seite notwendig sind.

In einigen Mitgliedstaaten wird auch auf die Bedeutung von Nachhaltigkeitszielen in der **Agrarpolitik** hingewiesen. Zwar werden bezüglich der ökologischen Auswirkungen der modernen Landwirtschaft einige Bedenken geäußert, aber es wird auch die Forderung vertreten, ländliche Gegenden stärker zu schützen und mit abgestimmten Bemühungen das Stadt-Land-Gefälle abzubauen.

In einigen Fällen zeugen die Gespräche von dem Gefühl, dass unzureichend über die EU-Umweltpolitik **informiert** wird und es für die Menschen keine praktischen Anreize für ein umweltbewusstes Verhalten gibt, wobei die Bürgerinnen und Bürger in einigen Mitgliedstaaten insbesondere darauf hinweisen, dass es Anreize für den **Übergang zu erneuerbaren Energieträgern** geben muss. In einigen Mitgliedstaaten werden in diesem Zusammenhang auch mehr Engagement und ein verstärkter Austausch über die Auswirkungen der Klimaschutzmaßnahmen auf den Alltag der Menschen gefordert.

Während die grenzüberschreitende Infrastruktur für **Stromversorgung und Mobilität** oft als große Errungenschaft der EU bewertet wird, sind die Befragten in einigen Ländern der Meinung, dass vor allem eine gemeinsame europäische Mobilitätsstrategie erarbeitet werden muss. Einige heben hervor, dass Europa, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der kohlegestützten Stromerzeugung, tätig werden muss, damit die künftige Energieversorgung abgesichert ist.

Dass die EU im Umweltbereich **global eine größere Rolle** spielen muss, wird angesichts des von Veränderungen und Herausforderungen geprägten aktuellen internationalen Kontexts ebenfalls als wichtige Zielsetzung hervorgehoben. Viele Teilnehmer wollen, dass die Europäische Union in Bezug auf die Nachhaltigkeitsagenda und beim Klimaschutz weltweit eine Führungsrolle übernimmt.

4 – Eine Union des Wohlergehens und der Chancen

Der **Sozialschutz** ist den Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls ein großes Anliegen. Allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, in welchem Umfang die Union in diesem Bereich tätig sein sollte. In einigen Mitgliedstaaten besteht ein sehr großes Interesse an der Erhaltung des eigenen nationalen Systems der sozialen Sicherheit. Viele wünschen sich dennoch, dass die EU eine größere Rolle übernimmt, wenn es um die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, der Bedrohung der Arbeitnehmerrechten, des eingeschränkten Zugangs zu Dienstleistungen sowie Problemen aufgrund gesellschaftlicher und technologischer Veränderungen, einschließlich der notwendigen Überbrückung der **digitalen Kluft**, geht. Eine immer wieder geäußerte Sorge der Bürgerinnen und Bürger ist auch das empfundene Defizit bei der **sozialen Konvergenz und der Angleichung des Lebensstandards** zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten, die manche sogar als gefährdet sehen.

Konkrete Vorschläge – Die Bürgerinnen und Bürger haben zu der Debatte über die Zukunft Europas eine Vielzahl wertvoller, sehr unterschiedlicher Ideen und Vorschläge beigesteuert. Die folgenden Beispiele betreffen unterschiedliche Themenbereiche und stammen aus verschiedenen Mitgliedstaaten:

- ein einheitliches pfandpflichtiges Verpackungssystem in der EU zur Reduzierung des Verpackungsmülls und eine EU-weite Recycling-Pflicht für PET-Flaschen
- ein europäischer Index für allgemeines Wohlbefinden
- ein Lehrplan für politische Bildung für Unionsbürgerinnen und -bürger in allen Bildungssystemen der EU
- Internetplattformen sollten in allen EU-Mitgliedstaaten gleiche Dienstleistungsqualität bieten
- Erklärung des Europatags zum Feiertag in ganz Europa

Es besteht der klare Aufruf, mehr und bessere **Arbeitsplätze** zu schaffen. In manchen Ländern wird zu einer Koordinierung der **Arbeitsmarktvorschriften** aufgerufen, einschließlich jener für Zugang und Mobilität. Für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger steht insbesondere die jüngere Generation und die Angst vor einer Abwanderung von Hochqualifizierten im Mittelpunkt, die durch die Freizügigkeit begünstigt wird, wobei letztere paradoxerweise von vielen als einer der größten Vorteile der EU-Mitgliedschaft bewertet wird. Die **Zukunft der Arbeit** und wie sie sich auf den Einzelnen auswirkt, ist ein Thema, das vielen am Herzen liegt, ebenso wie die **Geschlechtergleichstellung**. Viele Menschen dringen darauf, dass das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern und die Hindernisse, auf die Frauen beim Zugang zum Arbeitsmarkt immer noch stoßen, beseitigt werden müssen. Die Befragten sehen häufig einen Zusammenhang zwischen allgemeiner Bevölkerungsstruktur und alternder Bevölkerung zum einen und insbesondere Arbeitsmarktfragen und **Gesundheitsversorgung** zum anderen. Die EU wird generell als zu passiv beurteilt, wenn es darum geht, Gesundheitsthemen und soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten anzugehen.

Auch im Bereich der **Bildung** verlangen die Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich mehr Maßnahmen auf EU-Ebene. Dabei stehen hauptsächlich Themen wie die Entwicklung neuer Fähigkeiten, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen, eine höhere Bildungsmobilität, die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und beruflichen und fachlichen Qualifikationen sowie mehr Investitionen in Wissenschaft und Forschung und ein lebenslanges Lernen im Vordergrund. Das Programm **Erasmus+** wird generell als eine der größten Erfolgsgeschichten der EU genannt, und es sollte weiter ausgebaut werden. Vielfach wurde die Ansicht geäußert, dass das Erlernen anderer europäischer Sprachen gefördert werden sollte.

5 – Die Union als starker Akteur auf der Weltbühne

Selbst wenn dies kein besonders populäres Thema ist, so wird die EU doch generell als eine **Kraft zum Wohle der Welt** betrachtet und ihr normativer Einfluss in den Beziehungen zu Drittländern hervorgehoben. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Ansicht, dass die EU Konformitätsdruck, d. h. die Macht des guten Vorbilds, erfolgreich nutzt, um ihre Werte – insbesondere Demokratie und Menschenrechte – über ihre Grenzen hinaus zu verbreiten. Häufig wird der Ruf laut, dass das auswärtige Handeln der EU in ihren Beziehungen mit Drittländern werteorientiert sein sollte; dies wird als eine globale Verantwortung und zugleich als ein moralisches Gebot betrachtet. Dieser Ruf wird häufig in Verbindung mit dem Wunsch geäußert, dass die EU in einigen Bereichen, insbesondere beim Umweltschutz, zu einem führenden globalen Akteur werden sollte.

Es besteht generell Einigkeit darüber, dass ein stärkeres weltpolitisches Engagement der EU und **mehr Geschlossenheit** in der Außenpolitik erforderlich sind, um die Interessen und Werte der Union zu verteidigen und vor allem die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die EU wird häufig als zu schwach wahrgenommen, mit unzureichendem Einfluss auf der Weltbühne und mitunter als nicht dazu in der Lage, Krisen zu bewältigen, die sich in ihrer strategischen Nachbarschaft abspielen. Beim auswärtigen Handeln der EU sehen viele einen **Mangel an Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit** und manche wünschen sich eine Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Notwendigkeit, **mit einer Stimme zu sprechen**, wird hervorgehoben, insbesondere in den Beziehungen der EU zu anderen Großmächten (Vereinigte Staaten, China und Russland). Der Fokus liegt dabei auf der Verteidigungspolitik, der Erweiterung und dem Handel.

Viele der Befragten finden, dass die EU nicht von anderen Akteuren abhängig sein sollte, wenn es um ihre eigene **Sicherheit und Verteidigung** geht. Allerdings sind viele der Ansicht, dass jedweder Ansatz der EU komplementär zur NATO sein und diese nicht ersetzen sollte. Dabei reichen die Meinungen von einer bloßen Verbesserung der Koordinierung und Integration der nationalen zivilen und militärischen Fähigkeiten bis hin zu dem immer wiederkehrenden Ruf nach einer gemeinsamen Verteidigungspolitik mit eigenen Fähigkeiten. Einige Bürgerinnen und Bürger wünschen sich auch einen verstärkten öffentlichen Dialog über Sicherheitsinitiativen wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ).

Ferner bilden nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger die gemeinsamen Werte das Herzstück der **Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik** der EU. Sie möchten, dass lediglich Länder, die sich auf die Werte und Standards der EU und die Demokratie verpflichten, zu EU-Mitgliedern werden können. Allerdings gehen die Meinungen über den zeitlichen Rahmen etwas auseinander. Während einige sich klar für eine Erweiterung um den Westbalkan aussprechen, machen die meisten jedoch deutlich, dass die EU zunächst ihren gegenwärtigen Status konsolidieren sollte, ehe die nächste Erweiterung vollzogen wird. Generell sehen die Bürgerinnen und Bürger jedoch eine solide europäische Perspektive für den Westbalkan und – in geringerem Umfang und nur in einigen Mitgliedstaaten – auch für einige Länder in der östlichen Nachbarschaft.

Die **Handelsbeziehungen** der EU werden allgemein als positiv bewertet, zugleich bestehen aber auch Bedenken bezüglich der Sozial- und Umweltstandards in Freihandelsabkommen mit Drittländern, woraus abermals der Wunsch der europäischen Bürgerinnen und Bürger erkennbar wird, dass die EU ihr Handeln an ihren gemeinsamen Werten ausrichtet. Manche fordern auch, dass die EU ihre wirtschaftliche Schlagkraft noch stärker zur Ausübung ihrer globalen Machtstellung nutzt.

In einigen Staaten geben die **Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten** immer wieder Anlass zur Sorge. Insbesondere in den kleineren Mitgliedstaaten beklagen Bürgerinnen und Bürger, dass sie das Fehlen einer echten Partnerschaft zwischen kleinen und großen Ländern als problematisch empfinden. Häufig wird der Eindruck geäußert, dass die Politiken der Union in erster Linie an den Interessen der größten Akteure ausgerichtet sind, obwohl dies bei weitem keine einhellige Wahrnehmung ist. In verschiedenen Mitgliedstaaten ergaben die Dialoge auch, dass der Eindruck von **mangelnder Fairness und zweierlei Maßstäben besteht** und dass gemeinsame Regeln nicht immer in einheitlicher Weise auf alle angewendet würden. Neben der Kluft zwischen kleinen und großen Mitgliedstaaten wurden als weitere trennende Faktoren häufig jene zwischen "alten" und "neuen" Mitgliedstaaten sowie geografisch bedingte Trennlinien angegeben. Dementsprechend wird vielfach der Ruf nach mehr **Kohäsion** und **Solidarität** laut.

Trotz der Differenzen wird die EU doch weiterhin von der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger als eine **positive Kraft** und eine durch **gemeinsame Werte** eng verbundene Gemeinschaft betrachtet. Natürlich werden dadurch eine Vielzahl von Stimmen laut: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Demokratie gehören zu den am häufigsten genannten Werten. Die Rolle, die der EU bei der Sicherung des **Friedens** auf unserem Kontinent zukommt, wird als besonders wichtig beurteilt. Allerdings lassen sich anhand der Bürgerdialoge auch die Defizite der EU als Wertegemeinschaft und insbesondere die Lücke zwischen Reden und Handeln der Union deutlich erkennen. Dies führt häufig zu Forderungen nach entschlosseneren Maßnahmen zur Schließung dieser Lücke.

Bezüglich der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls war in einigen Mitgliedstaaten gelegentlich zu hören, dass die Bemühungen um die raschere Entwicklung einer **gemeinsamen europäischen Identität** intensiviert werden müssten, da diese Identität nach Ansicht vieler heutzutage immer noch mehr ein Bestreben als eine Realität ist. Die Mobilität und der Austausch, insbesondere für junge Menschen, werden dabei als Schlüssel zum Erfolg betrachtet.

Während die Verpflichtung auf gemeinsame Werte generell als eigentliches Fundament der EU als Gemeinschaft gilt, wird die den Mitgliedstaaten eigene **Vielfalt** zugleich als wertvolles Gut der Union betrachtet. Viele der Befragten waren der Ansicht, dass eine europäische Identität die nationale Identität nicht ersetzen sondern vielmehr parallel dazu bestehen sollte. Dementsprechend betonten einige auch, dass unterschiedliche nationale Kulturen zu wahren sind. Das in vielen Mitgliedstaaten erkennbare Beharren auf der Notwendigkeit, **nationale und kulturelle Unterschiede** zu wahren, zieht häufig Überlegungen zu institutionellen Fragen nach sich. Entgegen der allgemeinen Überzeugung, dass mangelndes Interesse der Bürgerinnen und Bürger an solchen Fragen besteht, scheint die Frage der jeweiligen **Zuständigkeiten** vielen Menschen doch recht wichtig zu sein.

Die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer erwartet, dass sich die EU entsprechend dem **Subsidiaritätsprinzip** auf diejenigen Bereiche fokussiert, in denen sie **zusätzlichen Nutzen** bringen kann. Die richtige Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der nationalen und der europäischen Ebene wird häufig als Grundvoraussetzung für den Erfolg des europäischen Projekts herausgestellt. In dieser Hinsicht wird eine Ausweitung der Aufgaben auf Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten bessere Ergebnisse erzielen können, als potenziell nachteilig für das Bild beurteilt, das Bürgerinnen und Bürger von der EU haben, da die klaffende Lücke zwischen Fähigkeiten und Erwartungen vergrößert wird. Natürlich gehen die Meinungen darüber auseinander, wie die optimale Aufteilung der Zuständigkeiten aussieht, allerdings besteht die verbreitete Auffassung, dass die aktuelle Situation verbessert werden kann. Ungeachtet dessen besteht auch einige Unklarheit bezüglich der jeweiligen Zuständigkeiten von Union bzw. Mitgliedstaaten, womit sich das häufig zitierte generelle **Misstrauen** gegenüber den EU-Einrichtungen zumindest teilweise erklären lässt. Dieses wird zudem genährt durch das Gefühl von **mangelnder Transparenz**, wobei häufig von einem **Demokratiedefizit** die Rede ist, und durch den Eindruck von **übermäßiger Bürokratie**, die oft mit Schwierigkeiten beim Zugang zu EU-Mitteln einhergeht.

Schlussbemerkungen

Die Bürgerkonsultationen wurden in der Gesellschaft begrüßt und zahlreiche Menschen äußerten sich positiv über dieses Verfahren der Meinungsumfrage. In diesem Sinne trägt es von sich aus schon dazu bei, dem generellen Bedarf an Engagement und Einbeziehung der bürgerlichen Gesellschaft gerecht zu werden, wie es regelmäßig in den Dialogen zum Ausdruck kam.

Ein Dialog erscheint umso wichtiger angesichts des Wunsches – der auch während der Konsultationen durchgängig von Bürgerinnen und Bürgern geäußert wurde – nach einem besseren Verständnis der Funktionsweise der EU und der Bedeutung einer EU-Mitgliedschaft. Zahlreiche Aufforderungen zur Intensivierung der Bemühungen um eine bessere Bildung in der EU waren zu hören. Nach Ansicht vieler sollte dies über spezielle Initiativen erfolgen, aber auch durch eine Vereinfachung der Sprache, die die EU in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern verwendet. Eine übermäßig unklare und bürokratische Sprache wird häufig als ein zentrales Hindernis für die Interaktion zwischen EU-Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern herausgestellt.

Der Erfolg der in verschiedenen Mitgliedstaaten durchgeführten Dialoge wird auch aus den lauten Rufen nach weiterem Engagement erkennbar. Es wird als besonders wichtig empfunden, dass Maßnahmen und Debatten in Bezug auf EU-Angelegenheiten auf bürgernahe Ebene angeregt werden. In der Tat folgt die Initiative der Bürgerkonsultation dem Vorbild anderer, in einigen Mitgliedstaaten bereits fest etablierter Verfahren, die auf eine Förderung des Dialogs über die EU auf bürgernahe Ebene abzielen.

Vor diesem Hintergrund ist dieser Bericht ein Versuch, ein sowohl in formaler als auch inhaltlicher Hinsicht vielfältiges Verfahren abzubilden. Er erhebt nicht den Anspruch auf eine abschließende Zusammenfassung des Dialogs mit Bürgerinnen und Bürgern auf nationaler Ebene, der in unterschiedlichen Formen fortgesetzt werden wird. Vielmehr ist er als Beitrag zu den laufenden Bemühungen zu verstehen, die bürgerliche Gesellschaft besser einzubeziehen, damit sie ihrerseits zu den Beratungen der EU-Führungsspitzen über die Zukunft Europas und die Festlegung der nächsten strategischen Agenda beitragen kann.
